

Wollen Sie die (Ur-)Wälder schützen, indem Sie sich für Recyclingpapier mit dem blauen Umweltengel einsetzen („normales“ Papier wird aus Holz hergestellt)?

Bündnis 90/Die Grünen Wir arbeiten ausschließlich mit recyceltem Papier. Wichtiger ist uns aber, den Papierverbrauch zu minimieren. 2013 und 2018 haben wir beantragt, den Papierverbrauch der Ratsarbeit zu minimieren. Die Verwaltung arbeitet bereits an einer Lösung, wie ein papiersparendes, effektives digitales Arbeiten im gesamten Rathaus möglich wird.

CDU Die CDU begrüßt grds. die Produktion von umweltfreundlichen Recyclingpapier. Darüber hinaus kann langfristig mit der Digitalisierung des individuellen Arbeitsplatzes die Möglichkeit zur effizienten Reduzierung der Papiernutzung effektiv wahrgenommen werden.

SPD Wir sind generell für einen ressourcenschonenden Umgang mit nachwachsenden Rohstoffen. Die Verwendung von Recyclingpapier ist für uns Alltag. Was die Gemeinderatsarbeit angeht, würden wir uns über weniger Papierversand freuen.

FDP Überall, wo es möglich ist, sollte Recycling-Papier eingesetzt werden. Darüber hinaus haben wir zu den Haushaltsberatungen beantragt, dass zukünftig auf die Ausgabe der Unterlagen als Papierausdruck verzichtet wird und diese nur noch digital zur Verfügung gestellt werden.

Freie Wähler In der Stadtverwaltung und im Gemeinderat wird bereits jetzt in weiten Teilen auf Umweltpapier gesetzt. Ziel muss – nach Möglichkeit – eine weitgehend papierlose Kommunikation sein.

SÖS Unsere Antwort ist ein klares Ja. Für die Herstellung von Recyclingpapier muss kein einziger Baum fallen, da es aus 100% Altpapier besteht. Es ist ein wichtiger Beitrag für die Erhaltung der Artenvielfalt. Es ist ökologisch besser als Papier, das aus nachhaltiger Waldwirtschaft stammt. Es ist zudem frei von giftigen Chemikalien.

Die Linke setzt sich für Beschaffungsrichtlinien bei der Stadt ein, die ressourcenschonenden und schadstofffreien Produkten den Vorzug geben. Papier soll mit Blauem Engel zertifiziert sein. Weitergehend ist uns die Recycling-/Upcyclingfähigkeit im Sinne nachhaltiger Stoffkreisläufe wichtig.

Bündnis Zukunft Stuttgart 23 Das mache ich sogar in meinem Unternehmen seit Jahren. Noch wichtiger ist möglichst viel digital.

Die Piraten Wir setzen uns auch für die Herstellung von Papier aus Nutzhanf ein. Dann müssten auch weniger Wälder für Papier gerodet werden. Leider ist der Anbau in Deutschland streng reglementiert. Weiter versuchen wir möglichst viel Papier zu sparen, indem wir das meiste auf elektronischen Wege versenden.

Die Stadtisten Ja.

Welche Strategie haben Sie, um Einwegverpackungen zu verringern? Würden Sie z. B. ein Verbot von Kaffeekapseln in öffentlichen Bürogebäuden erwägen oder Mehrweg-Initiativen stärker fördern?

Bündnis 90/Die Grünen Wir fordern Plastikverbot auf Wochenmärkten und für Veranstaltungen und Feste in Stuttgart. Unsere Anträge liegen vor und werden in den nächsten Wochen beschlussfähig sein. Zudem unterstützen wir die Initiative „Mehrweg statt Einweg“, bei dem die Stadt ein System für Pfandbecher einführen wird.

CDU Wir glauben, dass niemals Verbote, sondern Anreize zum Umdenken führen können. Daher unterstützen wir das von der Stadt vorgeschlagene Pfandsystem für Coffee2Go-Becher. Wir könnten uns vorstellen, dass sogar die Stadt selbst als Betreiberin für die Reinigung/Verteilung der Becher auftritt.

SPD Unsere Fraktion hat bereits Ende 2016 in einem Antrag (391/2016) gefordert, ein Mehrwegsystem für Kaffeebecher einzuführen. Die Anschubfinanzierung zur Einführung ist jetzt im Haushalt 2018/19 vorgesehen. Wir setzen primär auf Information und die daraus folgende Einsicht und weniger auf Verbote.

FDP Wir sind generell gegen Verbote und setzen auf Angebote von Alternativen. Daher unterstützen wir auch die Initiative „Mehrwegbecher“.

Freie Wähler Das hohe Müllaufkommen ist ein Problem. Wir Freie Wähler setzen dennoch auf die Einsicht der Verbraucher. Mehrwegsysteme sind sinnvoll. Die angestrebte Einführung des Mehrwegbechersystems für „Coffee to go“ in Stuttgart unterstützen wir. Kaffeekapseln können aus hygienischen Gründen sinnvoll sein.

SÖS Grundsätzlich sollten keine Plastiktüten und Einweggeschirr mehr ausgegeben werden, Kaffeekapseln in öffentlichen Bürogebäuden verboten und – nach Wiener Modell – die Stadt den Stuttgarter Veranstalter*innen Mehrweggeschirr kostenlos mit einer kostendeckenden Leihgebühr zur Verfügung stellen.

Die Linke Einweg ist meist vermeidbare Ressourcenverschwendung und gehört durch Mehrwegsysteme reduziert. Wir unterstützen Initiativen zur Ersetzung von Einweg- durch Mehrwegbecher. Wir sind gegen Kaffeekapseln in öffentlichen Gebäuden und wollen Mehrweginitiativen & Repaircafés fördern, die gegen Verschwendung und geplante Obsoleszenz aktiv sind.

Bündnis Zukunft Stuttgart 23 Ich lehne Kapseln ab, nehme zum Einkaufen den Korb und Mehrweg muss mehr gefördert werden.

Die Piraten Verbote sind eher schwer durchzusetzen und zu kontrollieren. Wir setzen lieber auf Anreize oder versuchen es über den Preis zu steuern. Wir begrüßen Mehrweg-Initiativen wie der Stuttgarter Mehrwegpfandbecher der 2019 kommen soll.

Die Stadtisten Ein Verbot seitens der Stadt in öffentlichen Gebäuden erachten wir, wo kommunalpolitisch zu ermöglichen, als wünschenswert. Zudem unterstützen die Stadtisten Stuttgarter ehrenamtliche Initiativen Cleanup Stuttgart und Refill, die dabei helfen, (Plastik)müll zu vermeiden.

Wie werden Sie sich für die Förderung der regionalen ökologischen Landwirtschaft einsetzen?

Bündnis 90/Die Grünen Wohnbau auf Ackerland lehnen wir ab. Fruchtbarer Boden ist die Voraussetzung für lokale Landwirtschaft. Wir konnten 25 Prozent Bio-Essen an Schulen durchsetzen. Das ist gut für die regionale Landwirtschaft. Künftig wollen wir weitere ökologische Kriterien für die Verpachtung von städtischen Grund anwenden.

CDU Für uns sind die ökologische und konventionelle Landwirtschaft gleichberechtigte Säulen. Deshalb setzen wir uns für eine nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Landwirtschaft ein. Unser Leitbild bleibt v. a. der familiengeführte Betrieb, der verantwortungsvoll und umweltverträglich mit unseren Ressourcen umgeht.

SPD Vorrangig sehen wir bei den landwirtschaftlichen Flächen im Stadtbereich die Vorbild- und Lehrfunktion. Förderungen sehen wir hier eher im Aufgabenbereich des Regionalparlaments. Generell unterstützen wir die Verwendung regionaler Produkte, zum Beispiel bei der Essensversorgung in städtischen Kantinen.

FDP Wir haben längstens beantragt, dass in städtischen Kantinen verstärkt regionale Produkte eingesetzt werden.

Freie Wähler Wir Freie Wähler setzen uns für den stadtnahen Ackerbau, Obstbau, Weinbau und die stadtnahe Tierhaltung sowie deren Direktvermarktung ein.

SÖS Fast 200 Landwirte in Stuttgart tragen auf 2.500 ha Stadtfläche zur Landschaftspflege und zur Naherholungsqualität bei. Durch Hofläden und der Präsenz auf den Wochenmärkten tragen sie zur regionalen und/oder ökologischen Nahversorgung in den Stadtbezirken bei. Darum lehnen wir eine Bebauung dieser Flächen ab.

Die Linke Wir wollen die landwirtschaftlichen Flächen der Stadt auf Ökolandbau umstellen. Wir setzen uns für kostenlose Mittagsverpflegung an Schulen und Kitas, sowie Schulküchen ein. Dabei soll ein zunehmender Anteil lokaler/regionaler und Bio-Produkte verarbeitet werden. Dies fördert den Ökolandbau in der Region.

Bündnis Zukunft Stuttgart 23 Förderprogramme für Nachpflanzung, Einkauf der Stadt bei solchen Betrieben für die städt. Kantinen oder Kitas und Schulesen.

Die Piraten Wir wollen, dass auf Bundes- und EU-Ebene keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Natur- sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden.
<https://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Agrarsubventionen>

Die Stadtisten Wir stehen durch und durch für ökologische Landwirtschaft. Vorstöße in diese Richtung finden unsere Unterstützung.

Die Initiativen „Radentscheid Stuttgart“ und „Stuttgart laud nai“ zeigen den Wunsch vieler Bürger nach einer lebenswerteren Stadt. Was setzen Sie davon um?

* <http://radentscheid-stuttgart.de>, www.stuttgart-laud-nai.de

Bündnis 90/Die Grünen Wir haben im Rat den Zielbeschluss „Lebenswerte Innenstadt“ initiiert. Zahlreiche Einzelbeschlüsse folgten: Umgestaltung Eberhardstr., Dorotheenstr., Überweg B14 uvm. Wir arbeiten an einem Zielbeschluss, der die Forderungen von Radentscheid aufnimmt. Der Radetat wurde durch uns bereits im letzten Haushalt auf 5,6 Mio verdoppelt.

CDU Der Radentscheid beinhaltet unabhängig von seiner rechtlichen Unzulässigkeit wichtige Zielsetzungen, die wir grundsätzlich mittragen können. In einigen Punkten stellt sich mit Blick auf die Finanzierbarkeit die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Forderungen im Kontext der zahlreichen Posten im Haushalt.

SPD Wir haben den Radentscheid selbst mit dem Sammeln von Unterschriften unterstützt und haben gemeinsam mit anderen Fraktionen per Antrag einen Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats herbeigeführt, der den sukzessiven Abbau aller oberirdischen Parkplätze in der City vorsieht.

FDP Viele Punkte des Radentscheids werden bereits umgesetzt bzw. angegangen. Dabei muss insbesondere auf die Leistungsfähigkeit im planerischen Bereich geachtet werden, damit zur Verfügung gestellte Mittel auch genutzt werden können.

Freie Wähler Stuttgart ist eine lebenswerte Stadt! Das soll auch in Zukunft für alle Einwohner so sein. Die genannten Initiativen zeigen den Wunsch bestimmter Gruppen. Mit dem von uns geforderten Ringstraßensystem (Filderauffahrt und Nord-Ost-Ring) könnte die Innenstadt vom reinen Durchgangsverkehr entlastet werden.

SÖS „Stuttgart Laud Nai“ wurde von SÖS mitinitiiert und „Radentscheid Stuttgart“ vorbehaltlos unterstützt. Beide Initiativen tragen zu einer FußgängerInnen- und RadfahrerInnen-freundlicheren Stadt bei. Wir unterstützen alle Initiativen, die autofreie Zonen, Spielflächen für Kinder, mehr und sichere Fuß- und Radwege schaffen.

Die Linke ist Bündnispartnerin und Unterstützerin des Radentscheid von Anfang an. Seine Ziele sind auch unsere. Das gleiche gilt für „Stuttgart Laud Nai“. Wir machen Druck, damit der Zielbeschluss zur autofreien City schnell und konsequent umgesetzt wird. Wir wollen Fuß- und Radverkehr fördern und Tempo 30 in Stuttgart.

Bündnis Zukunft Stuttgart 23 Genaue Abwägung welches Verkehrsmittel für welche Strecke das beste ist, kein Auspielen. Ich habe eine ÖPNV Jahreskarte, nutze mein Rad, laufe, es gibt aber auch Strecken wo das Auto besser ist.

Die Piraten Wir begrüßen den „Radentscheid Stuttgart“ und „Stuttgart laud nai“, das von unserer Fraktion auch initiiert wurde. Den Ausbau des Radwegenetzes haben wir auch schon in unserem Kommunalprogramm gefordert.

Die Stadtisten Wir sind Teil des Bündnisses „Stuttgart laud nai“ und unterstützen den „Radentscheid Stuttgart“. Der öffentliche Raum ist eines unserer Kernthemen, hier machen wir uns für Veränderungen hinsichtlich einer lebenswerteren Stadt stark.

Der Kohleausstieg steht kurz bevor. 80% der Bürger sind für eine Energiewende. Wie könnte Stuttgart zu einer Vorzeigestadt für erneuerbare Energien werden?

Bündnis 90/Die Grünen Stuttgart braucht noch mehr Förderprogramme für energetische Sanierung im Bestand und Quartiere mit nachhaltigen Energiekonzepten, wie jetzt im Neckarpark. Bei der lokalen Energieerzeugung setzen wir besonders auf Solarenergie, wo immer es geht. Unsere Stadtwerke sind hierfür wichtige Partner.

CDU Leider lässt Stuttgart nicht viele Möglichkeiten der Erzeugung erneuerbarer Energien zu. Man muss im Photovoltaik-Bereich mit der konsequenten Nutzung der Dächer städt. Gebäude mehr tun. Hier machen Stadt und die Stadtwerke bisher zu wenig. Wir müssen im Bund zu den TOP 5-Photovoltaikstädten gehören.

SPD Stuttgart hat bei der Photovoltaik einen großen Nachholbedarf. Die Stadt muss hier mit den Dachflächen der städtischen Gebäude ein Vorbild sein. Neue Förderprogramme sollen die bestehenden Angebote der Stadtwerke ergänzen, um Contracting-Angebote für Bürger und Bauträger so attraktiv wie möglich zu gestalten.

FDP (ergänzend zur Frage nach dem Klimaschutz): Über die Stadtwerke kann die Stadt Stuttgart auch in erneuerbare Energie investieren, die nicht auf Stuttgarter Gemarkung möglich sind, beispielsweise Windkraftanlagen.

Freie Wähler Möglichkeiten sehen wir zum Beispiel bei der Wärmerückgewinnung aus Abwässern oder Abluft und beim Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf Gebäudedächern. Solche Maßnahmen sind dort sinnvoll, wo sie wirtschaftlich umgesetzt werden können. Nicht alles, was möglich ist, ist auch sinnvoll.

SÖS Die LBBW, darf kein Geld mehr für Stein- und Braunkohle zur Verfügung stellen oder Geld für deren Finanzierung zur Verfügung stellen. Wir fordern Programme zur Energieeinsparung und Energieeffizienz. Ebenso die konsequente Integration erneuerbarer Energien und der dezentralen Erzeuger in das Fernwärmenetz.

Die Linke Erneuerbare Energien bei Stadtwerken fördern: Potentiale bei Solar und Erdwärme. Bauvorschriften: Neubauten nur mit regenerativer Erzeugung von Strom und Wärme. Energetische Sanierung vorantreiben. Kein kommunales Vermögen in fossile Wertanlagen: Divestment auch bei LBBW. Ausstieg aus Müllverbrennung.

Bündnis Zukunft Stuttgart 23 Einsatz von vertikalen Windrädern als Pylone und in Tunneln auch S- und U-Bahn-Tunnel, mehr Photovoltaikanlagen, kleine Wasserkraftwerke.

Die Piraten Ökostrom für Stadt und städtische Betriebe, attraktiverer ÖPNV, bessere Fahrradinfrastruktur, Radleihstationen, Lastenradförderung.

Die Stadtisten Hundert Maßnahmen für Energieeffizienz wurden in Stuttgart entwickelt. Der Anteil der erneuerbaren Energien hat sich so innerhalb von 4 Jahren verdoppelt. Das neue Energiekonzept „Urbanisierung der Energiewende in Stuttgart“ wurde erarbeitet. Damit möchte Stuttgart bis 2050 klimaneutral werden.